

Verteilung der leitenden Positionen in den vier Werken.

	1. Ober- hanse  Gntehoff- nungshöftf	2. Hürde  Vereinigte Stahlwerke	3. Bochum  Otto Wolfi- Konzern	4. Haspe  Klödmer
Versitzender Aufsichtsrat	<b>Dinkelbach</b>			
1. Stellvertreter d. Versitzenden	Vertreter der Gewerkschaft		Konzern- Vertreter	
2. Stellvertreter d. Versitzenden	Mitglied des Konzern- Vorstandes	Konzern- Vertreter	Gewerkschafts- vertreter	
Kaufmännischer Leiter	Vertreter Fliik- Konzern	?	Mitglied des Konzern- Vorstandes	im Konzern tätig
Tedinisdir Leiter	Bisher in Konzern tätig	Mitglied des Konzern- Vorstandes	„Äien“ im Werk	im Konzern tätig
<b>Sozial-Direktor</b>	<b>Gewerkschaften</b>			

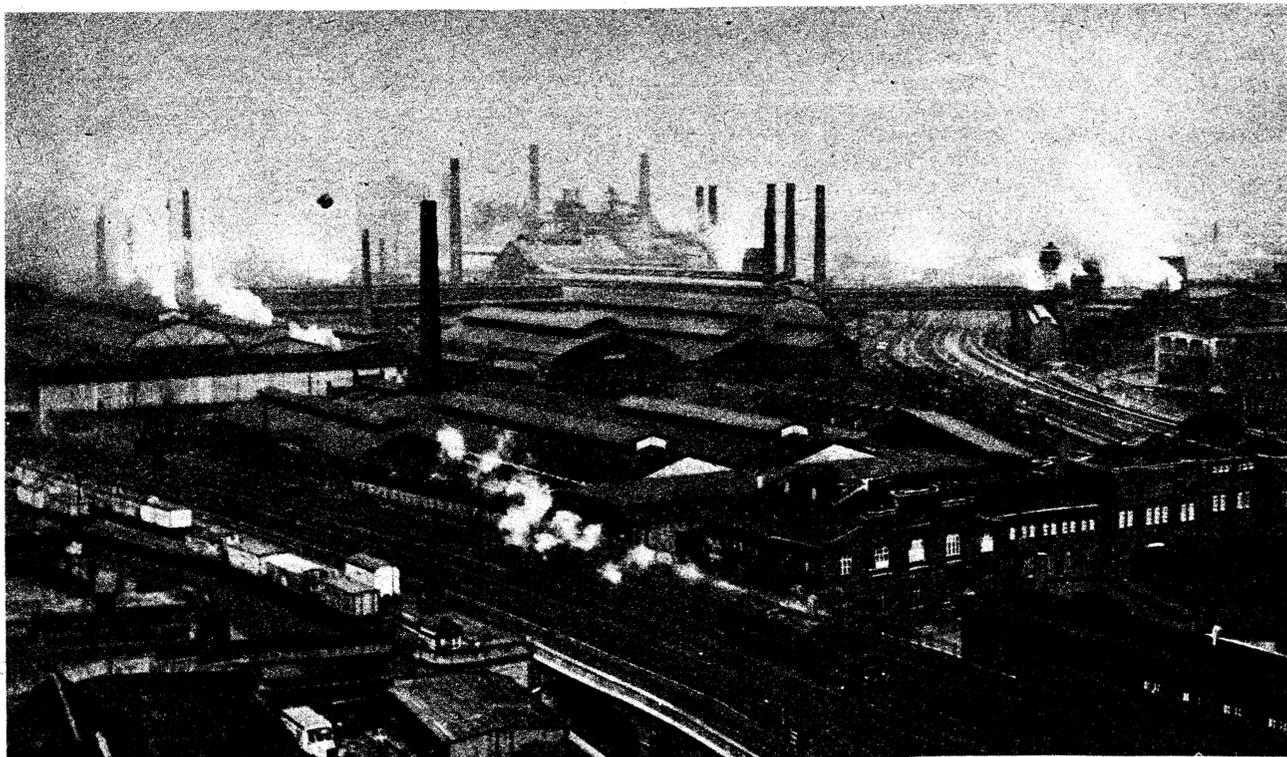
liehe Zerschlagung der Konzerne nicht geben, mit ihren Methoden kann kein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte verwirklicht werden. Die „Konzernentflechtung“ ist nur eine andere Form der Fortführung und des Neuaufbaues der Konzerne. Vor den Kriegsverbrechern und ihren neuen Kriegs- und Versklavungsplänen gibt es nur eine Rettung: Enteignung der Konzernbetriebe und ihre Überführung in die Hände des Volkes.

Was sagen die Parteien dazu?

Bleibt zu vermerken, daß mit der Praxis Dinkelbachs das CDU-„Aufbauprogramm“ vollkommen übereinstimmt. Kein Wunder, hat doch Dinkelbach, wie die CDU-Zeitung „Westfalen-Post“ mitteilt, an den Beratungen über dieses Programm teilgenommen. Dafe fehlte noch zu dem Beweis\* daß die CDU in der britischen Besatzungszone die Partei der zweiten Garnitur der deutschen Kriegsverbrecher ist. Ganz unverständlich ist es, wenn SPD-Zeitungen, wie das Düsseldorfer „Rhein-Echo“, den Dinkelbach-Plan als „Neuordnung der Wirtschaft“ und „Auftakt der Sozialisierung“ bezeichnen.

Schlussfolgerungen:

Von zweien eine: „Konzernentflechtung“ durch und mit den Dinkelbachs, das heißt Rettung des Monopolkapitals oder — Zerschlagung der Konzerne und Überführung ihres Besitzes in die öffentliche Hand gegen die Dinkelbachs. Das letztere fordern die Anträge der KPD und SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen, die inzwischen von der CDU und FDP (Freie Demokratische Partei) abgelehnt wurden. Zwischen diesen beiden Standpunkten gibt es keine Kompromisse, keine Brücke. Dem Betrug der Dinkelbachs darf kein kommunistischer, sozialdemokratischer oder christlicher Arbeiter unterliegen. Das bedeutet, daß sich auch kein Gewerkschafter dazu hergeben darf, in solchen Kriegsverbrecherbetrieben — die längst enteignet sein sollten — Aufsichtsratsposten zu übernehmen und dadurch den neuen Betrug der Monopolkapitalisten bewußt oder unbewußt verschleiern zu helfen, wie das z. B. der Gewerkschaftsführer Böckler tut. Es dient auch nicht unserem Kampfe um die Zerschlagung der Konzerne, wenn ein führender Gewerkschaftsfunktionär wie Gen. Skrentny seine wichtige Gewerkschaftsfunktion aufgibt, um in einem der neuen Konzernbetriebe den Posten des Sozialdirektors zu übernehmen, den ebensogut ein anderer Genosse ausfüllen könnte. Wir müssen alles vermeiden, was die Verwirklichung unserer Hauptlosung hemmt oder schädigt: Die Kriegsverbrecherbetriebe in die Hand des Volkes, für das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte. Hinweg mit der ersten und zweiten Garnitur der Kriegsverbrecher, damit Ordnung und Friede werde in Deutschland.  
Hermann Zilles



Das Gesicht der westlichen Schwerindustrie in Dortmund

(Foto: Archiv)